

Bericht aus der Gemeinderatsitzung am 22.02.2021

Übergabe der Unterschriften durch die BI Schura

Im Vorfeld der Gemeinderatsitzung und vor Eintritt in die reguläre Tagesordnung hatte sich die Bürgerinitiative BI Schura angekündigt um die Unterschriftenlisten gegen die Ansiedlung des Logistikverteilzentrums für Amazon zu überreichen. Überreicht wurden 1.105 Unterschriften, die sich gegen die Art der Beschlussfassung, soziale, ökologische und verkehrlich seitens der BI erwartete Problemstellungen richtet. Im Anschluss an die Übergabe erteilte die Bürgermeisterin den Herren Solleder und Kapphan das Wort.

Dialog- und Beteiligungskonzept für Amazon

Der Gemeinderat befasste sich im ersten Tagesordnungspunkt mit dem Dialog- und Beteiligungskonzept für das Bauvorhaben Logistikverteilzentrum für Amazon. Es ist dem Gemeinderat wichtig, alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger angemessen zu informieren. Deswegen soll es Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, speziell für Gewerbetreibende und für vom Flächenentzug betroffene Landwirte geben. Die Veranstaltungen werden inhaltlich von der Stadtverwaltung aber auch von neutralen, externen Fachreferenten begleitet.

Beschluss einer Stellungnahme für den Ringzug 2.0

Der Zweckverband Ringzug plant den Ausbau und die Elektrifizierung des Streckenabschnittes Staatsbahnhof bis Trossingen Stadt. Die Stadt hat dazu eine Stellungnahme an das Landratsamt abzugeben, die es im Gemeinderat zu beschließen galt. Grundsätzlich muss wegen der deutlich schwereren Züge, sowohl in die Oberleitung, als auch in den Unterbau investiert werden, was Kosten mindestens in Höhe von rund 10,6 Mio. verursachen wird. Die Strecke befindet sich im Eigentum der Stadtwerke. Grundsätzlich ist die Maßnahme mit 70 Prozent förderfähig. Für die verbleibenden 30 Prozent könnte die Stadt, wie bisher auch schon, laufend Nutzungsentgelte vom Zweckverband Ringzug erhalten. Auch ist aus Sicht der Stadt Trossingen wichtig, dass die historische Trossinger Eisenbahn als ältester betriebsfähiger Elektrozug der Welt auch weiterhin auf der Strecke fahren kann. Dafür bräuchte es eine Umschalteneinrichtung, die rund 600.000 Euro kosten wird. Zudem sprach sich der Gemeinderat für eine zusätzliche Haltestelle an der Troase aus. Dafür wären dann weitere straßenbauliche Maßnahmen erforderlich, die direkt von der Stadt zu tragen wären und die nicht förderfähig sind oder denen keine Nutzungsentgelte zur Deckung gegenübergestellt werden können. Deswegen wurden die Maßnahmen insgesamt unter den Vorbehalt gestellt, dass sie weder die Finanzkraft der Stadt, noch der Stadtwerke übersteigen dürfen.

Landtagswahl am 14. März/ Festlegung der Wahlhelferentschädigung

Die Verwaltung informierte über die Vorbereitungen der Landtagswahl. Der Gemeinderat setzte die Wahlhelferentschädigung für dieses wichtige und verantwortungsvolle Ehrenamt auf 50 Euro für die rund 90 Wahlhelfer fest.

Erstattung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen und der verlässlichen Grundschule

Analog zu der Vorgehensweise im Januar hat der Gemeinderat beschlossen, auf die Erhebung der Elternbeiträge für den Monat Februar vollständig zu verzichten. Der Stadt wurde dafür eine Kostenerstattung in Höhe von 80% in Aussicht gestellt. Zwar haben die Einrichtungen in der letzten Februarwoche wieder ihren Betrieb aufgenommen aber die Eltern haben bereits im vergangenen Jahr, während des ersten Lockdowns Schließungswochen aufgefangen, für die die Beiträge nicht erstattet wurden. Die Erstattung der Elternbeiträge stellt für die Stadt trotz Landeszuschuss einen finanziellen Kraftakt dar, da nicht der volle Ausfall der Elternbeiträge kompensiert wird und nach wie vor keine Klarheit darüber herrscht, auf welche rechnerische Grundlage sich die 80% beziehen. Die

Erstattung war dem Gemeinderat als Signal an die belastete Elternschaft dennoch wichtig. Der Beschluss wurde einstimmig unter dem Vorbehalt gefasst, dass das Land Wort hält.

Aufhebung einer Ausschreibung für den Neubau der Obdachlosenunterkunft

Der Gemeinderat hat in der vergangenen Sitzung die Aufhebung einer Ausschreibung beschlossen. Dabei ging es um die Holzbauarbeiten, bei denen der günstigste Bieter noch immer 108% über der Kostenberechnung lag. Die Arbeiten werden nun freihändig vergeben.

Entwurfsplanung Zeppelinstraße

In diesem Jahr soll der Teilabschnitt zwischen Ernst-Hohner-Straße und Jahnstraße neu ausgebaut werden. Vorgesehen ist eine Planung mit Verengungen vorgesehen, die einerseits den Verkehr verlangsamen, andererseits eine Querungshilfe für Schüler darstellen. Die Schulleitung und die Elternbeiratsvorsitzende wurden zur Planung beteiligt. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde der Antrag gestellt, eine Einbahnstraßenlösung für die Zeppelinstraße und die Jahnstraße einzurichten. Ferner wurde beantragt, Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Ernst-Hohner-Straße und Zeppelinstraße auszuweisen. Im Gemeinderat wurde dieser Antrag kontrovers diskutiert, zum einen weil Einbahnstraßen zu schnellerem Fahren verleiten, zum anderen weil Einbahnstraßen zu Verlagerungsverkehr führen und für die dortigen Anwohner eine Erschwernis darstellen. Zudem ist zu bedenken, dass sich möglicherweise schwierige Situationen vor allem zu Schulbeginn und Schulende ergeben, eine verkehrliche Anordnung Verkehrsteilnehmer aber ganztäglich belastet. Die Verwaltung wird die Erkenntnisse aus den deswegen schon mehrfach stattgefundenen Verkehrsschauen nochmals aufarbeiten und zur Beschlussfassung Freigabe der Ausschreibung in einer der kommenden Sitzungen vorlegen.

Neubau Jugendtreff Erlebniswiese

Für die Erlebniswiese wurden weitere Gewerke vergeben. Den Auftrag für die Stuck- und Putzarbeiten erhielt die Fa. Ilg aus Seitingen-Oberflacht zum Angebotspreis von 25.622,49 Euro den Auftrag. Die Installationsarbeiten Elektro wurden zum Angebotspreis von 78.069,08 Euro an die Fa. Elektro Vater aus Hüfingen vergeben.